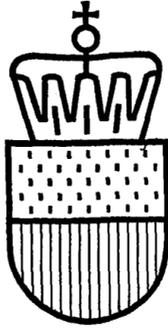


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 221 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 213 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland 10 Rp. 25 Rp.  
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.  
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.  
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43  
Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer  
Annoncen AG. St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Samstag, 29. Februar 1964

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

98. Jahrgang — Nr. 33

L. M. Taubinger, Wien:

## Das Fiasko der kommunistischen Agrarpolitik in Osteuropa

«Die meisten Einwohner Budapests arbeiten in den Industriebetrieben und erzeugen Industriegüter. Können sie mir sagen, wohin diese Güter gehen?» fragt der Lehrer einen Schüler. «In die ländlichen Bezirke des Landes.» «Richtig. Und woher erhält Budapest dafür seine Lebensmittel?» «Aus dem Ausland», lautet die Antwort des Schülers. Dieser in Budapest kursierende Witz spiegelt die prekäre Lage in der Landwirtschaft Osteuropas wider. Kein kommunistisches Land war im Laufe der vergangenen Jahre in der Lage gewesen, die von den Planern für die Landwirtschaft festgesetzten Produktionsergebnisse zu erreichen. Die Erntekatastrophen in der Sowjetunion und die eigene Missernte hatten schwere Auswirkungen auch für die Tschechoslowakei, Polen, Bulgarien und Ungarn gehabt. Diese Länder hofften nämlich, die durch die latente Krise ihrer eigenen Landwirtschaft entstandenen Lücken in der Lebensmittelversorgung mit Hilfe sowjetischer Getreideimporte lösen zu können. Statt dessen mussten sie aber zu ihren spärlichen Devisenvorräten greifen und dem Beispiel Chruschtschews folgend 7,55 Mio t Getreide vom Westen kaufen. Bezeichnend ist, dass die Tschechoslowakei, Polen und Bulgarien für Getreidelieferungen langfristige Verträge mit den westlichen Partnern abgeschlossen haben. Daraus ist anzunehmen, dass die osteuropäischen Kommunisten nicht damit rechnen, dass in ihren Ländern oder in der Sowjetunion in den nächsten Jahren ein Getreideüberschuss erzielt werden könnte. Nur in Rumänien war die Getreideernte mit 9,8 Mio t einigermaßen gut ausgefallen, so dass es 400 000 t an die UdSSR liefern konnte.

Damit ist die Frage der Landwirtschaft in den meisten Ländern Osteuropas zum Problem Nr. 1 geworden. Die Stagnation und der langsame Zerfall des kommunistischen Agrarproduktionssystems beschäftigt heute nicht nur die Führer der Sowjetunion, sondern auch ihre Satelliten in den osteuropäischen Ländern. Nacheinander mussten sie die Fehlschläge ihrer Agrarpolitik zugeben und sich an den Westen wenden, um die dringendsten notwendigen Güter zu beschaffen. Seit Anfang dieses Jahres gibt es genügend Anzeichen sogar dafür, dass die kommunistischen Regierungen Osteuropas sich überlegen, zur Lösung der latenten landwirtschaftlichen Misere solche unkommunistischen Massnahmen anzuwenden, wie z. B. ein grösserer materieller Anreiz für die Bauern, Abbau der zentralen Kontrolle, Vergrößerung des privaten Hoflandes usw.

Besonders arg scheint die Lage in Bulgarien zu sein. In diesem Land konnten die landwirtschaftlichen Planziele noch kein einziges Mal während der seit der Einführung der «sozialistischen» Agrarpolitik vergangenen 16 Jahre erzielt werden. Anstatt einer 17-prozentigen Pro-

duktionserhöhung der Getreideerträge gegenüber 1962, wurde 1963 z. B. nur eine Erhöhung von 4,6 Prozent erzielt. Die Parteiführung hat die Bauern durch verzweifelte Appelle des öfteren aufgefordert, die Produktion wenigstens auf ihrem Hofland zu erhöhen. In manchen Gebieten wurde sogar das Hofland vergrössert und den Bauern die Viehhaltung ermöglicht, um der katastrophalen Lage auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung irgendwie Herr zu werden. Nun kündigte das bulgarische Parteipräsidium an, dass es tiefgehende Reformen hinsichtlich der Bezahlung der Kolchosbauern einzuführen gedenkt, um ihnen die Arbeit auf den sozialistischen Gütern etwas schmackhafter zu machen. Wie wenig Lust der bulgarische Bauer für die Arbeit in der Kolchose zeigt, beweist z. B., dass während das private Hofland lediglich nur 9 Prozent der bulgarischen landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmacht, 50 Prozent der Eier und 27 Prozent des Fleisches, welche auf den Markt kommen, aus dem Hofland der Bauern stammen.

Auch versuchen die tschechoslowakischen Kommunisten die Kolchosbauern durch materielle Anreize zur Mehrarbeit zu gewinnen. Die Partei verspricht kürzlich sogar die Wohn- und kulturellen Verhältnisse auf dem Lande zu verbessern, um dadurch der gefährlichen Landflucht Herr zu werden. Die vorgesehenen Reformmassnahmen sollen an dem für April festgelegten «Gesamtstaatlichen Landwirtschaftlichen Kongress» eingehend erörtert werden.

Auch in Polen, wo nur 13 Prozent des Ackerbodens kollektiviert ist, konnten die Planziele nicht erreicht werden, so dass die Regierung sich gezwungen sah, den Bauern höhere Aufkaufpreise und erhöhte Investitionen für die Landwirtschaft zu versprechen.

## Dass wir der kranken Mitmenschen gedenken...

zum Tag der Kranken - Am ersten Märzsonntag

«Dass wir an diesem Tage in besonderer Anteilnahme der kranken Mitmenschen gedenken, ist der Sinn dieses Tages. Er will uns damit ermahnen, ihrer auch an all den andern Tagen des Jahres nicht zu vergessen und uns zugleich bewußt zu sein, daß uns Gesunde jederzeit die Not und Drangsal einer Krankheit heimsuchen kann. Insofern sind wir alle bisweilen Leidensgefährten, doch immerzu Gefährten der Leidenden. So schreibt Prof. Hans Zbinden in seinem Aufruf zum Tag der Kranken, der u. a. von Bundesrat Tschudi und alt Bundesrat Etter unterstützt wird.

Aber die Mahnung richtet sich noch in einer anderen Weise an uns, nämlich daran zu denken, daß wir das Nötige tun, um Krankheiten zu verhüten, ihnen zuvorzukommen. Heute geschieht vieles, das dieser Aufgabe dient; mehr kann noch getan werden. Der allgemeine Gesundheitszustand hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte erfreulich gebessert. Medizinisches Forschen, Hygiene, ärztliche Vorsorge, verhütende Maßnahmen haben uns von

In Ungarn, wo eine Produktionserhöhung um 12 bis 14 Prozent geplant worden war, konnte nur eine 4,5 prozentige Zunahme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erzielt werden. Kadar versprach erhöhte Investitionen den Kolchosern und höhere Preise für gewisse landwirtschaftliche Produkte. Auch experimentiert die Regierung mit einem neuen System der Erntebeteiligung nach Familieneinheiten. Bisher konnte jedoch noch nicht viel erreicht werden. Die Bauern sabotieren die Produktion so weit es geht. Sie werden so schlecht entlohnt, dass ihnen die Arbeit keine Freude macht. In vielen Kolchosen verdienen sie nämlich im Jahresdurchschnitt, laut der ungarischen KP-Zeitung «Figyelő» vom 12. Februar 1964, nicht mehr als 8 000 Forint (zirka 800 Schweizer Franken).

Dabei mangelt es in fast allen Satellitenländern auch an dem landwirtschaftlichen Maschinenpark. Laut Radio Budapest vom 6. Januar sind allein bis Januar in diesem Winter 4000 bis 5000 Traktoren einsatzunfähig geworden, da sie im Freien untergebracht werden mussten und durch die Witterung stark beschädigt worden waren. Durchschnittlich fallen in den Satellitenländern auf einen Traktor 400 bis 500 ha Boden. Dabei hat auch die Zahl der Zugpferde und Zugochsen, mit denen ein Grossteil der landwirtschaftlichen Arbeit in Osteuropa vor dem Zweiten Weltkrieg bewältigt wurde, seit 1939 wesentlich abgenommen. Wenn man bedenkt, dass in den Kolchosen auch die notwendigen Lagerhäuser, Stallungen und Transportmittel für eine Grossflächenwirtschaft fehlen, so wird erst der ganze Ernst der Agrarlage in den von den Kommunisten beherrschten Ländern Osteuropas ersichtlich.

(SHZ — Nr. 9)

zahlreichen, einst verheerenden Krankheiten befreit, andere gemildert und heilbar werden lassen. Vernünftiger Sport, sofern er nicht ungesund ausartet, hat mitgeholfen. Wie haben Millionen Eltern dankbar aufgetaucht, als es gelang, ein vorbeugendes Mittel gegen die Kinderlähmung zu finden; wie ist die Tuberkulose, die einst Ungezählte zu langsamem Siechtum und frühem Tod verurteilte, zurückgegangen. Und hoffen wir nicht alle zutiefst, es möge der unermüdlichen Arbeit von Tausenden von Forschern aller Länder schließlich gelingen, die Pest unserer Tage, den Krebs, zu meistern? Wird es einmal möglich werden, die andere Seuche, die heute viele Menschen in ihrem besten Alter dahinträgt, den Herzinfarkt, die Kreislaufstörungen, zu überwinden, indem wir uns von der ungesunden, unnatürlichen Hetze modernen Daseins endlich mutig und weise befreien?

Wer wüßte nicht um den Wert der Gesundheit, dieses kostbaren Gutes! Die gesteigerte Vorsorge, die uns so unverhofft die erstaunliche Verlänge-

Tribüne  
DER FREIEN MEINUNG

Lieber Balduin!

«Wer dann feststellt, dass ernsthaft etwas geschehen muss, soll dann nicht warten bis «jemand» etwas unternimmt. Er soll es selbst und so rasch als möglich tun». Das sind Ihre Worte.

Was soll er tun? Etwas unternehmen? Was unternehmen? Lassen wir diese Phrasen beiseite! Haben Sie schon etwas gehört von Komitees! Bei uns gibt's ein olympisches und ein oberstes. Dann folgen die Verbandsvorstände. Das sind die Funktionäre, die gewählt sind und sich um die Wahl beworben haben, was den demokratischen Spielregeln vollauf entspricht. Und das ist auch jener «jemand», der etwas zu unternehmen hat. Nicht jeder hat etwas zu unternehmen, wie der sehr ergebene Balduin meint. Und diese Funktionäre haben zum Teil schon Jahrzehnte lang ihre Fähigkeiten unter Beweis gestellt. Wir dürfen von ihnen in nächster Zeit bestimmt etwas erwarten!

Der Sport ist längst ein Politikum geworden, auch bei uns. (Bei uns existiert er allerdings alle 4 Jahre nur 2-3 Wochen.) Ich glaube, es wäre auch eine Aufgabe des Staates, für die körperliche Gesundheit seiner Jugend nicht nur etwas, sondern viel zu tun!

-y-

rung der durchschnittlichen Lebensdauer und gesündere Altersjahre bescherte, hat freilich auch ihre Schattenseiten. Und daran sollten wir gerade an diesem Tage auch denken. Diese Sorge, die in maßvollen Grenzen als Anruf, als Warnung, hilfreich und notwendig ist, kann zu einer Sucht, zu einer Besessenheit ausarten. Mit der Gesundheit verhält es sich ähnlich wie mit der Luft und der Freiheit: Wir bekommen ihre Bedeutung meist erst dann zu spüren, wenn sie uns zu fehlen beginnen. Wo aber die Besorgtheit allzu ängstlich, sklavisch um Gesundheit und Krankheit kreist, da kann die Angst vor der Krankheit schließlich selbst zur Krankheit werden. Von dieser Krankheit sind heute viele befallen. Eines ihrer Symptome ist die Pillensucht, ein anderes die beständige hysterische Ueberwachung des eigenen werten Befindens, die sich und die Mitmenschen tyrannisiert; ein drittes die überflüssige Lektüre von allerlei Gesundheitsbüchern wie «Bist du schlank», «Lebe gesund, lebe länger» usw. mit ihren Rezepten, die alle paar Jahre wechseln. Bei manchen ersetzt der Blick auf die Fettwaage und die Kalorienzahl das Tischgebet und die Krebsfurcht tritt an die Stelle der Gottesfurcht.

Die alte, bewährte Gesundheitsregel gilt auch hier: Maß halten. Nämlich Maßhalten im Denken an Gesundheit und Krankheit. Gesundheit ist ein hohes Gut, aber sie ist nicht «ein und alles», und sie ist nicht das höchste der Güter. Viele bedeutende Menschen, wie Montaigne, Pascal, Mozart, Schiller, Schubert, Stifter, Proust und zahlreiche andere, mußten einem schwerkranken Körper ihr Schaffen abringen, mit dem sie zur Gesundung der Welt

## notiert und kommentiert...

Zypern: Und jetzt die UNO...

Erzbischof Makarios lehnte nicht weniger als fünf Mal die Vorschläge über die Einsetzung einer gemischten NATO-Truppe zur Verhinderung weiterer Unruhen ab. Zunächst hatte seine Ablehnung die Form einer grundsätzlichen Zusage angenommen, die aber von so vielen Bedingungen abhängig gemacht wurde, dass sie praktisch eine Absage gleichkam. Der amerikanische Emissär George Ball suchte hierauf eine Kompromissformel herbeizuführen. Aber Makarios spielte weiterhin den Schwierigen, so dass schliesslich alle möglichen Varianten einer NATO-Lösung erschöpft erschienen. Es ist heute klar, dass Makarios von Anfang an entschlossen war, sich einer jeden NATO-Lösung zu widersetzen. Sein Manöver war ausschliesslich auf Zeitgewinn ausgerichtet. Er nahm es in Kauf, die bürgerkriegsähnliche Situation auf Zypern zu verschärfen.

Dieses Verhalten wurde aber durchschaut. Noch während Ball in Nikosia, Ankara und Athen verhandelte, bereitete man sich in London darauf vor, im Falle eines Scheiterns seiner Bemühungen eine überraschende Wendung herbeizuführen. So ist es zu verstehen, dass die Briten dem listenreichen Erzbischof in New York mit der Anrufung des Sicherheitsrates der UNO um knappe Stunden zuvorkamen! Dieser taktische Schachzug war notwendig geworden, weil sich anlässlich der wohl organisierten Niedermetzelung von Türken durch griechische Zyprioten in der Stadt Limassol im Süden von Zypern herausstellte, dass Makarios von Anfang an ein doppeltes Spiel getrieben hatte.

Einen weiteren Beweis lieferte die Entdeckung einer Waffenlieferung, die in Zeitungskisten getarnt war. Es ist über jeden Zweifel erhaben, dass Makarios und die griechisch-zypriotischen Minister den Waffenschmuggel an irreguläre Banden der griechischen Zyprioten gebilligt haben! Von Anfang an war die Tatsache, dass die Briten auf Zypern bewaffneten Banden gegenüberstanden, die zu entwaffnen

nicht gestattet war, eine grosse Erschwerung der Befriedungsaufgabe. Jetzt aber, da feststeht, dass Makarios daran mitwirkte, die eine der streitenden Parteien auf Zypern mit weiteren Waffen zu versorgen, ist das Vertrauensfundament zwischen den griechisch-zypriotischen Regierungsmitgliedern und den Briten stark gestört.

Noch im Januar war es so, dass die Anwesenheit der britischen Truppen von der griechisch-zypriotischen Bevölkerung freudig begrüßt wurde, da man darin eine Garantie für die Verhinderung eines weiteren Blutvergiessens sah. Im Februar aber zeigte sich langsam ein Stimmungsumschwung. Es wird den Briten heute vorgeworfen, sie hätten durch die Errichtung von neutralen Zonen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen dazu beigetragen, die von den Türken angestrebte Teilung der Insel zu präjudizieren. Daran ist, wenn auch von den Briten ungewollt, freilich insofern ein Körnchen Wahrheit, als die verängstigten Türken der Insel im Schutze der britischen Truppen jeden Kontakt mit den Griechen meiden und dazu übergegan-

gen sind, eigene Verwaltungsorgane, eigene Sicherheitsdienste, ja sogar eigene Postdienste zu organisieren. Diese Entwicklung ist nichts anderes als der natürliche Selbstschutz einer Minderheit, die damit rechnen muss, von der Mehrheit ausgerottet zu werden, wenn sie nicht entsprechende Vorsichtsmaßnahmen trifft. Niemand lässt sich gern ermorden!

Angesichts dieser für die Briten immer gefährlicher werdenden Situation auf der Insel ist die überraschende Herumwerfung des Steuers von der NATO auf die UNO also nicht nur als eine taktische Massnahme zu betrachten, um gewissermaßen die Betrüger zu betrügen, sondern sie liegt zugleich im Interesse des Friedens auf Zypern. Von allen noch bestehenden Möglichkeiten ist die Intervention des Sicherheitsrates diejenige, die jetzt noch der Uebel geringstes darstellt. Allerdings hat nun durch Makarios' Kurzsichtigkeit und Starrköpfigkeit die Sowjet-Union jenes so sehr herbeigesehnte Hintertürchen geöffnet erhalten, um sich elegant vor aller Welt für eine Mitsprache zu legitimieren!

Luzius.